



Secrétariat Uniterre

Av. du Grammont 9

1007 Lausanne

Tél : 021 601 74 67

Fax : 021 617 51 75

info@uniterre.ch

www.uniterre.ch

Lausanne, den 14. September 2012

Presseerklärung : *UNO-Deklaration zum Schutz der Bäuerinnen und Bauern: die Schweiz ändert ihre Haltung*

Nächste Woche werden in Genf verschiedene Mitgliedstaaten des UNO-Menschenrechtsrats offiziell eine Resolution unterstützen. Diese verlangt die Einsetzung einer Redaktionsgruppe für eine internationale Deklaration zum Schutz der Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Im Frühjahr war die Schweiz dagegen, jetzt unterstützt sie das Projekt.

Als einziges Land verwarf die Schweiz im Menschenrechtsrat der UNO, der im März in Genf tagte, die Idee einer internationalen Deklaration zum Schutz der BäuerInnen. Die Bauerngewerkschaft Uniterre, die Kooperative Longo maï, Swissaid, Brot für Alle, das Fastenopfer, FIAN Schweiz, das CETIM und die Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft waren erschüttert, dass sich die Schweiz in dieser Frage quer stellte. Sie riefen die Zivilgesellschaft und die politischen Vertreter auf, die rechtmässige Forderung der BäuerInnen, die weltweit durch die Bewegung La Via Campesina vertreten sind, zu unterstützen.

Der Aufruf von Uniterre, der Kooperative Longo maï und der Hilfswerke gegen die unverständliche Haltung der Schweiz im Menschenrechtsrat zu protestieren, hat ein breites Echo gefunden. Mehr als 1000 Menschen haben der Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf persönlich geschrieben. Gleichzeitig fanden Vorstösse von ParlamentarierInnen im Nationalrat statt und die Kantonsparlamente von Genf, Fribourg, Neuenburg, Waadt und Jura überwiesen Resolutionen an den Bund.

Dank der breiten Solidarität mit den BäuerInnen hat sich die offizielle Haltung der Schweiz gewandelt. Im letzten Antwortbrief an "Uniterre" und "Brot für Alle" schreibt die Bundespräsidentin:

... "Falls im Menschenrechtsrat Verhandlungen stattfinden sollten, um gemäss den Empfehlungen des Ausschusses ein Sonderverfahren oder ein neues Instrument zu den Rechten der Bäuerinnen und Bauern zu schaffen, würde die Schweiz sich aktiv daran beteiligen, da sie dieses Thema für wichtig erachtet." ... Dies ist ein bedeutender Erfolg für all diejenigen, die sich für den Erhalt einer regionalen und bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen.

Am 17. September beginnt das offizielle Verfahren mit Verhandlungen zwischen den Delegationen der Ratsmitglieder, die zu einer Resolution für eine Einberufung einer Redaktionsgruppe führen soll. Bolivien, welches offiziell die Diskussionen anführt, sowie mehrere Länder aus verschiedenen Kontinenten, werden sich bemühen, andere Länder für das Verfahren zu gewinnen.

Im Vorfeld von neuen weltweiten Nahrungsmittelkrisen ist es entscheidend, sich zu vergegenwärtigen, dass BäuerInnen die ersten Opfer der Globalisierung sind. 70 % der weltweit an Hunger leidenden Menschen, leben im ländlichen Raum. Sie werden oft unter Verletzungen der Menschenrechte durch multinationale Konzerne, Investoren oder Regierungen ihrer lebenswichtigen Ressourcen wie Boden, Wasser oder Saatgut beraubt. Die weiterhin massive Landvertreibung wird mit ökonomischen, polizeilichen oder militärischen Mitteln durchgesetzt.

Zudem weist der Weltagrarbericht IAASTD aus dem Jahr 2008 darauf hin, dass *"die besten Garanten für die lokale Ernährungssicherheit sowie die nationale und regionale Ernährungssouveränität kleinbäuerliche Strukturen sind"*. Es bedarf eines energischen Einsatzes, damit die Rechte der Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten, besser geschützt werden. Die Schweiz könnte als industrialisiertes Land, das international für seine Sorge um die Menschenrechte anerkannt ist, eine wichtige Rolle für die Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft in ihrem ungleichen Kampf gegen die übermächtige Agroindustrie einnehmen.

Für mehr Informationen :

Valentina Hemmeler Maïga, Uniterre : 079 672 14 07

Raymond Gétaz, Longo maï : 032 426 59 71